

ROTTERDAM, im Februar aus dem Augenwinkel sieht die Kundin an der Kasse, wie ein Schwarzer nach ihrer Milchtüte greift. Entrüstet blickt sie sich um. Doch da hält David Dallas aus Sierra Leone der älteren Dame schon die Tragetasche hin, in die er den Tetrapack gesteckt hat, und lächelt aufmunternd. Erst jetzt fällt der Holländerin auf, dass an allen zwölf Kassen des Albert-Hijn-Supermarkts im Rotterdamer Süden Männer und Frauen in weißen Sweatshirts aufgestellt genommen haben. Auf ihren Kragen steht „Gratis Service“. Jetzt strahlt die Dame den unerwarteten Dienstleister an. Mit starkem Akzent wünscht er ihr einen schönen Tag. Schon rollen die Tomaten des nächsten Kunden auf ihn zu. Seine Schicht dauert vier Stunden. Übermorgen hat er wieder Dienst.

David Dallas ist ein Sonderfall des niederländischen Arbeitsmarkts. Vor zehn Jahren beantragte er Asyl, jetzt genießt er Bleiberecht. Das Sozialamt forderte ihn kürzlich auf, sich von „Werkland“ einstellen zu lassen. Diese auf „Reintegration“, will sagen: auf die schweren Fälle spezialisierte Zeitarbeitsfirma zahlt ihm den Mindestlohn. Für etwa 1000 Euro netto im Monat muss er nun mal Einkaufsstücken füllen, mal niederländische Grammatik pauken. Das Unternehmen wird dafür von der Stadt bezahlt, die David Dallas ja keine Sozialhilfe mehr überweisen muss. Die Supermarktkette zahlt keinen Cent.

David Dallas ist zugleich ein Pionier des niederländischen Arbeitsmarkts. Wenigstens die Rotterdamer Stadtregierung sieht in ihm und seinen knapp 30 Kollegen im Supermarkt-Schichtdienst Vorboden einer besseren, einer aktiveren, einer fleißigeren Zukunft. Dominic Schrijer, Beigeordneter für Soziales, will die von der Wirtschaftskrise schwer getroffene Industrie- und Hafenstadt binnen vier Jahren „arbeitslosigkeitslos“ machen. Niemand, wirklich niemand dürfe dauerhaft „hinter den Geranien verkümmern“, sagt Schrijer, der die Sozialdemokraten als Spitzenkandidat in die Kommunalwahl am 3. März führt. „Irgendwas kann jeder.“ Und sei es Tütenpacken.

In Rotterdam erhalten rund doppelt so viele Einwohner Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe wie im Durchschnitt der Niederlande, wo schon die im vorigen Dezember gemessene Arbeitslosenquote von vier Prozent die Politiker alarmiert hat. Dominic Schrijer verspricht nicht, jedem erwerbslosen Rotterdamer eine Stelle auf dem freien, dem „ersten“ Arbeitsmarkt zu verschaffen. Aber er will sich nicht damit abfinden, dass an Schulen oder in Kirchengemeinden, in Nachbarschaftszentren oder Altenheimen viel „vernünftige“ Arbeit unerledigt bleibe, weil niemand dafür bezahlen könne, während zugleich Zigtausende Rotterdamer Geld fürs Nichtstun bekämen. „Als ich vor vier Jahren in die Stadtregierung kam“, empört sich Schrijer, „hat man mir weismachen wollen, von den rund 50 000 Erwerbslosen werde die Hälfte nie wieder arbeiten können. Das ist aberwitzig!“

Der Sozialdemokrat argumentiert nicht so gerne mit Geldmangel, wenn er den traditionellen niederländischen Sozialstaat kritisiert, „in dem wir die Arbeitslosen erst bebauern und dann versorgen“. Er tritt nicht als Anwalt von Steuerzahlern auf, die ihre arbeitslosen Landleute nicht länger durchfüttern wollen, sondern er nennt es unsozial, die Leute sich selbst zu überlassen: „Ihr ganzes Leben verändert sich: Sie stehen später auf, verlieren den Kontakt zur Gesellschaft, werden links liegengelassen.“ Gern erzählt Schrijer von den neuen Telefonistinnen der Stadtverwaltung. Früher landete jeder Anrufer zunächst in einem von der Stadt beauftragten Call Center. Jetzt klingelt das Telefon in einer von vielen Sozialwohnungen, irgendwo in Rotterdam. Dort leben Frauen, die aus verschiedenen Gründen nicht auswärts arbeiten können, aber Zeit für einige Stunden Heimarbeit haben – und nun die vielleicht dezentralste Telefonzentrale des Landes bilden. Auch die Geschichte des Afghanen, der nach einem Jahrzehnt in Rotterdam zwar kaum Niederländisch spricht, sich aber

Irgendwas kann jeder

Wer in Rotterdam Sozialhilfe bezieht, muss jetzt etwas tun für sein Geld. Die Stadt will „arbeitslosigkeitslos“ werden. Jeder bekommt eine Aufgabe zugeteilt. Von Andreas Ross



Kundendienst auf Kosten der Steuerzahler: David Dallas und seine Kollegen von „Werkland“ im Albert-Hijn-Supermarkt

Fotos Lucas Wahl



Freiflächen statt Enge: Die Tarwewijk wird attraktiver – die Bewohner sind die alten.

im Stadtmuseum als Restaurateur unentbehrlich macht, gefällt Schrijer. „Wir bieten jedem einen Job an, der zu seinen Fähigkeiten passt“, sagt er. Das bezweifeln seine Gegner, Anhänger des herkömmlichen Fürsorgestaats, die sich in der niederländischen Arbeiterpartei allerdings schon länger nicht mehr heimisch fühlen. Ihnen kommt der Rotterdamer Pragmatismus allzu unsozialdemokratisch vor, die ganz Empörten schimpfen über „Zwangsarbeit“. Sie erinnern an jenen Brief, den Schrijer vielen Sozialhilfeempfängern schickte: „Glückwunsch, Sie haben einen Job bei Roteb!“ Hunderte Einwanderer, die sich daraufhin nicht wie bestellt bei dem Stadtreinigungsunternehmen einfanden, urteilten die Leistungen gestrichen. „Roteb ist ein tolles Unternehmen“, beharrt Schrijer, „da kann man sich auch weiterentwi-

ckeln, zum Fahrer oder Gärtner beispielsweise. Man muss nicht immer nur die Straße kehren.“

Nun will er sich Stadtviertel für Stadtviertel, Straße für Straße vorknöpfen und Aufgaben verteilen. Und angefangen wird ausgerechnet in der Tarwewijk, einem alten Arbeiterviertel am Südrand des Hafens, dessen Bewohner zu drei Vierteln aus dem Ausland stammen und dessen übler Leumund in seltsamem Kontrast steht zu der Ruhe, die zwischen den Backsteinhausreihen auf seinen verkehrsberuhigten Straßen eingekehrt ist.

Die Stadt hat sich die Grunderneuerung des innenstadtnahen Dreiecks in einem übersichtlichen Dreieck aus Maashaafen und zwei Ausfallstraßen viel kosten lassen. Dem Fernseh Zuschauer ist die Tarwewijk aber noch immer als Ort von Schießereien, Straßenprostitution und



Selbsternannter Anpacker: Der Sozialdemokrat Dominic Schrijer im Hafen

Ausschreitungen geläufig. Dabei hat die Gemeinde ganze Häuserzeilen aufgekauft und abgerissen, um Spielplätze und Grünflächen anzulegen. Sie hat Schulen renoviert und Wege verschönert, Rauschgift Händler verhaften lassen und Polizeistreifen verstärkt. Vor allem hat sie zur Jagd auf jene Vermieter geblasen, die ihre landestypisch engen, rund hundert Jahre alten Arbeiterhäuser wider alle Gesetze und Brandschutzregeln Bett für Bett an Schwarzarbeiter aus Polen oder Aruba vermietet.

Die ersehnten Mittelklassefamilien aber sind in ihren Häuschen mit Garten in den Schlafstädten rund um Rotterdam geblieben. Viele frisch aufgegebene oder gar neu errichtete Häuser in der Tarwewijk stehen nun leer, und die Verantwortlichen der Stadt sehen langsam ein, dass sich das Imageproblem des Viertels

nicht allein mit Investitionen und Raumordnungsplänen lösen lässt. Jetzt denken sie langfristiger, setzen bei den Schülern an, basteln mit ihnen Modelle für Parks und Spielplätze oder lassen sie Bilder von der Tarwewijk malen, die ihre Eltern dann womöglich beim Integrationskurs in ihrem Sprachlehrbuch wiederfinden: Sie warten nicht länger auf neue Einwohner, sondern stärken das Heimatgefühl derer, die schon da sind.

„Deshalb ist es auch höchste Zeit, dass wir all die Menschen hier sozial aktivieren“, sagt Piet van Namen, ein Stadtbeamter, dessen Visitenkarte ihn als „Gebietsmanager“ ausweist. Van Namen war früher Polizist und hat seinen Fuß schon hinter viele, wenn nicht die meisten Türen der Tarwewijk gesetzt. Denn wie in allen schwierigen Vierteln von Rotterdam gehen auch hier Stadtbedienstete, Polizisten

und Sozialamtsvertreter regelmäßig von Haus zu Haus, bitten nachdrücklich um Einlass und schauen nach dem Rechten. „Hier müssen wir wohl auch bald mal wieder ran“, sagt der gemütlich wirkende, bärtige Mann, dessen Augen wie automatisch die Front des vierstöckigen Klinkerbau auf der anderen Seite der Mijnsheerenlaan absuchen. „Da zum Beispiel“, sagt er und zeigt auf eine Wohnung im zweiten Stock des Acht-Parteien-Hauses, „da stimmt was nicht.“ Zu sehen ist wenig mehr als ein nachlässig zurückgezogener Vorhang, dahinter eine nackte Fensterbank und ein spärlich möbliertes Zimmer. Das müsse zwar nicht auf etwas Unrechtmäßiges hindeuten, sagt der „Gebietsmanager“, aber gewiss doch auf Bewohner, die Unterstützung benötigen. „Dafür bekommt man einfach einen Blick.“

Wer auch immer es ist, der sich in der Mijnsheerenlaan 18 so wenig Mühe gibt mit der Außenwirkung: Erhält er Unterstützung vom Staat, wird er bald brieflich aufgefördert werden, sich mit einem Arbeitsvermittler der Gemeinde zu treffen. Lässt er den Termin verstreichen, wird er Besuch bekommen. „Wir gehen zu den Leuten. Und auch die Erwerbsunfähigen können irgendetwas tun“, bekräftigt Dominic Schrijer, der ohne Umschweife zugibt, dass seine Politik in der „Partij van de Arbeid“ wohl noch heute undenkbar wäre, wenn nicht vor neun Jahren der später ermordete Populist Pim Fortuyn von Rotterdam aus die politische Landschaft umgeflügelt hätte. Auf seinen Wahlplakaten hat Schrijer das Parteikürzel neu interpretiert: „Partij van de Aanpak“.

Für David Dallas geht es in Ordnung, dass nun auch er im Supermarkt anpacken muss. „Manche müssen nicht arbeiten für ihr Geld, ich jetzt eben schon“, sagt er lapidar auf Englisch hinter Kasse drei, „aber ich beschwere mich nicht.“ Sein Chef bei „Werkland“, Dick Vink, will bald weitere Geringqualifizierte auf Kosten der Steuerzahler in privaten Unternehmen unterbringen – auf dass die Arbeitgeber sich an die neuen Dienstleister gewöhnen und in den Niederlanden neue Arbeitsplätze entstehen, „wie in Amerika“. Mit Krankenhäusern verhandelt Vink bereits über die Einrichtung eines Parkdienstes: Der Patient eilt zur Notaufnahme, ein Arbeiter von „Werkland“ parkt derweil das Auto. Oder würden große Unternehmen nicht gern eine eigene kleine Kaffeebar einrichten mit einer günstigen Arbeitskraft am Milchaufschäumer? Die Kritik aus den Gewerkschaften, der Staat werde durch Subventionen bestehende Jobs verdrängen, hält Vink für abwegig. „Gebietsmanager“ von Namen hatte es in der Tarwewijk so formuliert: „Rotterdam ist eine Stadt der Reflexe, nicht der Reflexion.“

Dick Vink verfolgt auch die deutsche Debatte. Er hat mitbekommen, wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch in seiner CDU gescholten wurde, als er forderte, was der Sozialdemokrat Schrijer in Rotterdam längst macht. In Deutschland, sagt Vink bedauernd, gehe es immer gleich um Missbrauch, um Betrug. In Rotterdam klage man nicht wie Koch über die „Perversion des Sozialstaatsgedankens“, sondern bekenne sich zum „full engagement“: Jeder Rotterdamer kann etwas tun, alle werden gebraucht.

Im Supermarkt gibt Jawid Khaleqi an Kasse zwei zu, Tüteneinpacken sei wahrlich nie sein Traum gewesen. Aber immerhin, sagt der Afghane in mühsam zusammengefügten Sätzen auf Holländisch, treffe er nach all den Jahren in Rotterdam hier regelmäßig auf „normale“ Niederländer. Man lerne die Sprache besser, auch wenn man immer dieselben Fragen stelle und Antworten höre. Manchmal geht er auch mit den Verkäuferinnen auf einen Kaffee in die Kantine. Aber dass sich die Mildehaftigkeit und Freundlichkeit, mit denen Khaleqi ans Werk geht, unmittelbar auszahlen könnten, dass ihm der Filialeiter womöglich einmal einen „richtigen“ Job anbietet, als Packer vielleicht oder gar als Kassierer, das kann er sich nicht vorstellen. „Ich kenne den Mann doch gar nicht.“

Glockengeläut um 21.45 Uhr

Die Dresdner gedenken der Zerstörung ihrer Stadt vor 65 Jahren und wehren sich gegen den Missbrauch des Tages durch Rechtsextreme / Von Peter Schilder

DRESDEN, 14. Februar. Als am Samstagmittag um 14.15 Uhr die Friedensglocke der Dresdner Frauenkirche mit tiefem Klang anschlägt, da gehen die Hände der Menschen tastend zur Seite. Sie berühren sich vorsichtig und greifen dann zu. Gerade in diesem Moment droht das Knattern eines Hubschraubers das Glockengeläut zu übertönen. Die Menschenkette um die frühere Dresdner Altstadt ist geschlossen. Etwa 15 000 Menschen haben einen Kreis gebildet, der sich um die Frauenkirche und über die Brühlschen Terrassen schlängelt. „Lassen Sie uns an den Händen fassen und zeigen: Wir erinnern und wir handeln – jetzt, für unser Dresden“, sagt Oberbürgermeisterin Helma Orosz. Der 13. Februar ist in Dresden seit 65 Jahren ein Tag des Erinnerns. Damals legte ein Bombardement die Elbstadt zu großen Teilen in Schutt und Asche.

An diesem Samstag wirkt die Stadt deutlich ruhiger als sonst. Auf der Prager Straße, der Einkaufsstraße, und in den angrenzenden Geschäften tummeln sich nur wenige Käufer. Die Umsatzzahlen werden am Abend einen mageren Geschäftstag ausweisen. Um die Mittagszeit deutet nichts auf die größte Manifestation hin, die Dresden an diesem Tag erlebt

hat. Seit Jahren versuchen Rechtsextremisten diesen Tag für ihre Zwecke zu nutzen. Sie rufen zu einem „Trauermarsch“ auf, sprechen von „Terrorangriffen der Alliierten“ und scheuen auch nicht den Vergleich mit dem Holocaust. Frau Orosz sagt: „Bevor Dresden brannte, brannte die Semper Synagoge, brannten Warschau, Rotterdam und Coventry. Den Jung- und Altnazis, die heute wieder versuchen, unseren Tag der Trauer zu missbrauchen, stellen wir uns entgegen.“ So ist die Menschenkette nicht nur ein Zeichen des Gedenkens, sondern auch ein Schutzwall, der Dresden „zu einer Festung gegen Intoleranz und Dummheit“ machen soll. „Wahrhaftig erinnern – versöhnt leben“, lautet das Motto des Tages.

An diesem Samstag ist Dresden eine geteilte Stadt. Immer wieder dringt Hubschraubergeknatter von der anderen Seite der Elbe herüber. Auf der Neustädter Seite nämlich wollen sich die Rechten für ihren „Trauermarsch“ versammeln. Dorthin zieht es auch die Gegendemonstranten vom linken Bündnis „Dresden – nazifrei“. Sie wollen den Umzug der Rechten verhindern und haben schon am Vormittag alle wichtigen Kreuzungen um den Neustädter Bahnhof besetzt. Dazwischen hat die Poli-

zei Posten bezogen und mit ihren Einsatzwagen sowie zwei Reihen Polizisten die Straßen gesperrt. Da gibt es kein Durchkommen, und eine Zeitlang geht nichts mehr in der Dresdner Neustadt. Die Lage

ist verworren. Die Rechtsextremen kommen nicht zu ihrem Versammlungsort durch, müssen schon früh ihre Busse verlassen und den Rest zu Fuß gehen. Dort, wo die beiden Gruppen aufeinandersto-

ßen, kommt es prompt zu Auseinandersetzungen, bei denen zwei Autos demoliert und einige Mülltonnen angesteckt werden. Am Abend zählt die Polizei 27 Verletzte, davon 15 Polizisten. Die Bilanz gilt fast als Nachweis von Gewaltlosigkeit.

Als die Polizei am Nachmittag mitteilt, sie könne den Marsch der Rechtsextremen nicht beginnen lassen, da sie die Sicherheit der Teilnehmer nicht garantieren können, bricht auf dem Albertplatz, dem blockierten Verkehrsknotenpunkt auf der Neustädter Seite, Jubel aus. Das Ziel scheint erreicht, der Marsch ist einstweilen verhindert. Auf dem Albertplatz unterstützt der Sänger Konstantin Wecker die linken Blockierer. Und der altlinke Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele verstärkt die Seinen. Inzwischen herrscht Party-Stimmung, die von den Veranstalter nach Kräften befördert wird.

Diese hatten sich vorher immer wieder anhören müssen, dass sie sich nicht hinreichend von der Gewalt der linken Gegendemonstranten distanzieren hätten. Jetzt tun sie alles, um erst gar keine Gewalt aufkommen zu lassen. Rührend bemüht klingt es, als am Abend über die Mikrofone aufgefördert wird, den herumliegenden Müll in Plastiksäcken zu sam-

meln, um den Platz sauber zu verlassen. Tatsächlich türmen sich am Straßenrand die gefüllten Müllsäcke. Auf der Altstadt-Seite ist derweil längste Ruhe eingekehrt. Jene, die die Menschenkette gebildet hatten, haben das Warme gesucht.

Der Tag scheint fast vorüber zu sein, die Innenstadt leerer als an gewöhnlichen Samstagen – da kommt wie am Mittag wie aus dem Nichts Bewegung auf. Immer mehr Menschen strömen zur Frauenkirche. Sie gibt dem Gedenken in der Stadt einen festen Ort. Viele halten Kerzen in ihren Händen. Um 21.45 Uhr beginnen die Glocken aller Dresdner Kirchen zu läuten; es ist der Zeitpunkt der ersten Bombenwelle. Die Menschen schweigen, schauen in den Himmel und lehnen sich aneinander. In den angrenzenden Wohngebieten haben einige die Fenster aufgemacht, um den Klang der Glocken hereinzulassen. Es sind keine Hubschrauber mehr zu hören.

Am Sonntag wird der frühere sowjetische Präsident Gorbatschow mit dem „Dresden-Preis“ ausgezeichnet, den der Verein „Friends of Dresden“ zum ersten Mal verleiht. Die Ehrung hätte auch am 13. Februar stattfinden sollen, aber dafür war kein Platz mehr.



Keine Sonntagsrede: Helma Orosz neben Stanislaw Tillich

Foto Matthias Lüdecke